



IGB

FRONTLINES-BERICHT
MAI 2015

**KLIMAGERECHTIGKEIT:
GEWERKSCHAFTSAKTION
“UNIONS4CLIMATE”**

Internationaler Gewerkschaftsbund

INHALT

Einführung	4
Globale Klima-Lobbywoche	6
Länderspezifische Zusagen	7
Investitionswende	8
Eine Botschaft an die Regierungen: Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze ...	9
Kampagnenmaterial	11

Foto Titelseite: IGB



Foto: 350.org

IGB-FRONTLINES-BERICHT

KLIMAGERECHTIGKEIT:

GEWERKSCHAFTSAKTION "UNIONS4CLIMATE"

Mai 2015

Einführung

Eine Vision für die Zukunft

Stellen wir uns vor, es ist das Jahr 2100. Bis zur Wende zum 22. Jahrhundert hat sich das Klima mit einem durchschnittlichen Temperaturanstieg um 2 Grad Celsius stabilisiert. Während sich das Leben und die Existenzgrundlagen vieler Menschen durch veränderte Jahreszeiten und den Verlust tiefliegender Landflächen drastisch gewandelt haben, sind dadurch für andere neue Chancen entstanden.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen lebt jetzt in Megastädten, in denen die Mobilität von Massentransitsystemen abhängt, die mit sauberer Energie betrieben werden. Unsere Häuser sind kleiner und durch "das Internet der Dinge" mit intelligenten Netzen verbunden, die Energieverbrauchsmuster vorausberechnen und Energieverschwendung reduzieren. Unsere Grünflächen und Parkanlagen sind wieder aufgeforstet und ermöglichen ein leichteres Atmen, den Rückgang von Atemwegserkrankungen und eine längere Lebenserwartung.

Unsere Arbeitsplätze sind zugleich Recyclingzentren, in denen alles, was wiederverwendet werden kann, in die

Produktion und unser tägliches Leben integriert wird. Es wird in die Technologie investiert, die auf globaler Ebene gemeinsam genutzt wird.

Der Grundstein zur Nachhaltigkeit wurde 2015 gelegt, als die Regierungen den Beschluss fassten, gemeinsam zu handeln, um den Klimawandel zu stoppen, als die Menschen Klimagerechtigkeit forderten und die Regierungen trotz der Interessen der Wirtschaft reagierten. Es bedurfte Mut und Überzeugung, aber bis zum Jahr 2050 hatte die Welt eine massive Kohlendioxidreduzierung erreicht.

Es wird nicht mehr auf Kohleverbrennung zurückgegriffen, um Energie zu gewinnen, und der Großteil der Reserven an fossilen Brennstoffen wird nie genutzt werden, aber die Beschäftigten, die in diesen Branchen gearbeitet und den Wohlstand dieser Ära geschaffen haben, wurden gewürdigt und versorgt und ihre Kinder und Familien haben nachhaltige und sichere Arbeitsplätze.

Erneuerbare Energien, Wiederaufforstung und das Schließen des Kreislaufs zwischen Produktion und Abfall haben eine Zukunft innerhalb der Grenzen unseres Planeten ermöglicht.

Viele der Industrien von heute sind die Industrien von 2015, in denen die Gewerkschaften für Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung eines "gerechten Übergangs" gekämpft und diese auch durchgesetzt haben. Dadurch wurden Arbeitsplätze auf einem nachhaltigen Planeten für unsere Kinder und Enkel erhalten.

Oder stellen wir uns die Alternative vor. Wir sehen bereits heute, welche Trends sich abzeichnen: Verluste an Menschenleben, an nutzbaren Agrarflächen sowie an Existenzgrundlagen und Arbeitsplätzen in Gebieten, die von Dürren, Bränden, Überschwemmungen und Wirbelstürmen heimgesucht werden.

Aktionsaufruf: Klima und sichere Arbeitsplätze

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Der Klimaschutz ist ein Gewerkschaftsthema.

Uns kommt eine maßgebliche Rolle beim Schutz der Arbeitsplätze in vorhandenen Betrieben und Branchen zu, indem wir einen industriellen Wandel fordern und aushandeln, ebenso wie bei der Organisation der Beschäftigten in hochwertigen neuen Jobs in der grünen Wirtschaft und beim Kampf für einen gerechten Übergang, der dafür sorgt, dass niemand zurückgelassen wird. Das bedeutet auch Arbeit für unsere Pensionsfonds. Das bedeutet Investitionen in langfristige Ziele.



Foto: IGB

2015 hat die Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit, dreigleisig aktiv zu werden, um Arbeitsplätze und unseren Planeten zu schützen:

- Ein solides globales Klimaschutzabkommen in Paris, das den Weg für einen Beschäftigungs- und Investitionsboom sowie für die Verhinderung von Klimakatastrophen ebnet. Das erfordert ehrgeizige Versprechen und Zusagen der einzelnen Länder. Wir werden in der ersten Juniwoche eine globale Lobbyaktion organisieren.
- Maßnahmen zum Klimaschutz an Arbeitsstätten und in Sektoren mit Beschäftigten und Gewerkschaften durch Sensibilisierungsmaßnahmen, Dialog, Konsultationen und Tarifverhandlungen, um Veränderungen an den einzelnen Arbeitsstätten voranzubringen;
- Ein globaler Gewerkschaftsgipfel im September in Paris, bei dem wir die weltweiten Fortschritte bewerten und industrielle/betriebliche Veränderungen herausstellen werden.

In den kommenden Monaten gibt es einige Schlüsselmomente.

Zwischen März und Oktober werden unsere Regierungen ihre beabsichtigten, national festgelegten Beiträge zusagen. Wenn diese unzureichend sind, werden wir aktiv werden.

Bis Ende Mai wird das globale Abkommen im Entwurf vorliegen, und wir werden eine globale Lobbywoche organisieren, um sicherzustellen, dass sich unsere Politiker und Regierungen dazu verpflichten.

Überall auf der Welt werden Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern in Parlamenten und den örtlichen Büros gewählter AmtsträgerInnen präsent sein, um über die Ergebnisse ihrer Lobbyarbeit zu berichten.

Die Gewerkschaften organisieren Klimaschutz-Veranstaltungen in Peru, Senegal, Nepal, Japan, Ghana und Argentinien. Weitere Länder können sich anschließen.

Und im September werden wir unseren eigenen gewerkschaftlichen Klimagipfel in Paris abhalten, einen Gipfel, bei dem wir mobilisieren, aber auch zeigen wollen, welche Erfolge die Gewerkschaften bei der Herausforderung, unsere Arbeitsstätten und Industrien zu dekarbonisieren, erzielt haben.

In diesem zweiten von drei IGB-Frontlines-Berichten zum Thema Klimaschutz geht es um die Zusagen der Länder gegenüber der UNFCCC im Vorfeld der Gespräche in Paris sowie um die Finanzmittel und Investitionen, die erforderlich sind, um unsere Volkswirtschaften umzugestalten.

Zudem stellen wir das Material und Aktionsmöglichkeiten für die einzelnen Gewerkschaften im Rahmen der globalen Lobbywoche zum Klimaschutz vor.

*Sharan Burrow, Generalsekretärin
Internationaler Gewerkschaftsbund*

2. Globale Klima-Lobbywoche

Die Untätigkeit der Regierungen gefährdet Menschenleben und Existenzgrundlagen, und uns läuft die Zeit weg.

DiewissenschaftlichenErgebnisseliegen vor. Wir fordern Klimagerechtigkeit, und wir legen den Parlamenten überall auf der Welt unsere Forderungen vor.

Alle Regierungen werden im Dezember in Paris über ein globales Abkommen beraten. Der Entwurf liegt unseren Staats- und Regierungschefs jetzt vor,

und sie müssen darauf in den ersten beiden Juniwochen reagieren.

Vom 1. – 7. Juni werden Gewerkschaftsmitglieder überall auf der Welt in Parlamenten und den örtlichen Büros ihrer PolitikerInnen präsent sein, um kritische Fragen zu stellen.

Alle PolitikerInnen müssen sich zu ehrgeizigen Zusagen in Bezug auf Emissionsenkungen und ein globales Abkommen, zu einem innerstaatlichen

Plan für erneuerbare Energien und Arbeitsplätze sowie zu Maßnahmen für einen gerechten Übergang verpflichten. Wir dürfen niemanden zurücklassen.

Wenn Eure PolitikerInnen nicht bereit sind, sich zur Dekarbonisierung unserer Welt zu verpflichten und uns vor den Schrecken des Klimawandels zu bewahren, sorgt dafür, dass Eure Mitglieder und ihre Gemeinwesen dies erfahren, denn diese PolitikerInnen verdienen es nicht, gewählt zu werden.

WERDET AKTIV!

Postet Fotos von Euren Treffen mit PolitikerInnen und Abgeordneten auf Twitter #unions4climate oder schickt sie per E-Mail an press@ituc-csi.org, damit wir Euch in die globale Aktion einbinden können..

Lobbywochenumfrage zur Klimagerechtigkeit

Stellt den VertreterInnen Eurer Regierung diese Fragen und sagt uns, was Ihr von ihren Antworten haltet, damit wir ein globales Bild der staatlichen Zusagen in Bezug auf Klimagerechtigkeit erstellen können.

Alle Regierungen haben sich dazu verpflichtet, ihre Klimaschutzpläne im Rahmen beabsichtigter, national festgelegter Beiträge (Intended Nationally Determined Contributions - INDCs) vorzulegen. Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf die Klimaschutzzusagen Eurer Regierung zu?

- Der Beitrag unserer Regierung zum Emissionsabbau spiegelt nicht die Kapazitäten und die Verantwortung unseres Landes wider, alles zu tun, um den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius oder weniger zu begrenzen.
- Der Beitrag unserer Regierung entspricht der Verantwortung, den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius oder weniger zu begrenzen (s. Anmerkung 1 unten).
- Unsere Regierung hat bisher noch keine Zusage gemacht oder sich verpflichtet, in Sachen Klimaschutz aktiv zu werden.

Wird Eure Regierung den Verweis auf einen gerechten Übergang im operativen Teil des Klimaabkommens unterstützen (s. Anmerkung 2 unten)?

Ja

Nein

Hat sich Eure Regierung zur Entwicklung eines innerstaatlichen Energieplans verpflichtet bzw. wird sie sich zur Entwicklung eines innerstaatlichen Energieplans verpflichten, der die Wirtschaft dekarbonisieren und Arbeitsplätze sichern wird?

Ja

Nein

Anmerkungen zur Umfrage:

1. Frage 1b: Als Referenz für einen gerechten Anteil an den Beiträgen/Zusagen verwendet bitte diesen Kalkulator: <http://gdrights.org/calculator/>

2. Frage 2: Im aktuellen Entwurf des Verhandlungstextes finden sich vier Verweise auf die Notwendigkeit, einen gerechten Übergang für die ArbeitnehmerInnen zu gewährleisten. Die Gewerkschaften fordern von den Regierungen vor allem, den Verweis im derzeitigen Absatz 15 zu belassen:

15. [Alle Parteien [und Akteure] werden [die Achtung der Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter bei der Umsetzung der Bestimmungen dieses Abkommens gewährleisten] (...) Alle Parteien sollten bei ihrer Klimapolitik und ihren Klimaschutzmaßnahmen einem gerechten Übergang für die ArbeitnehmerInnen Rechnung tragen, durch den menschenwürdige Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden.] (...)

WERDET AKTIV!

Macht mit bei der weltweiten Umfrage bezüglich staatlicher Zusagen. Schickt uns die Antworten am Ende der globalen Klima-Lobbywoche am 10. Juni ein. Beantwortet die Fragen in unserer Online-Umfrage. <http://www.ituc-csi.org/klimaumfrage>

3. Länderspezifische Zusagen

Welchen Beitrag hat Euer Land zur Klimagerechtigkeit geleistet? Die länderspezifischen Zusagen werden bezeichnet als beabsichtigte, national festgelegte Beiträge (engl. Abk. INDCs).

Macht mobil, damit sich Eure Regierung zu einem ehrgeizigen Beitrag verpflichtet, im Einklang mit dem 2-Grad-Celsius-Ziel sowie mit ihren Kapazitäten und ihrer Verantwortung.

Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht

darauf, zu erfahren, was ihre Regierung tun wird, um ihre Zukunft zu sichern.

Gemäß der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) haben sich die einzelnen Länder dazu verpflichtet, bis zum Ende des Klimagipfels im Dezember 2015 in Paris ein neues internationales Klimaabkommen abzuschließen.

Zwischen März und Oktober 2015 werden die einzelnen Länder ihre innerstaatlichen Zusagen in Bezug auf Emissionssenkungen

darlegen und der UNFCCC nennen.

Die Gewerkschaften können zur Einschätzung dieser Beiträge ein Online-Instrument verwenden, den Kalkulator für Klimagerechtigkeit: <http://www.gdrights.org/calculator/>.

Wenn sich an den derzeitigen "Beiträgen" nichts ändert, wird das 2-Grad-Celsius-Ziel nicht zu erreichen sein, was die uns bekannten katastrophalen Auswirkungen haben wird.

WERDET AKTIV!

Prüft die Zusagen Eurer Länder und sagt Euren Regierungen in der globalen Klima-Lobbywoche im Juni, was Ihr davon haltet. Ladet Euch den Musterbrief an Eure Regierung herunter. <http://www.ituc-csi.org/musterbrief-an-das-fur-klimafragen>

Zusammenfassung der gegenüber den Vereinten Nationen genannten INDCs

Land	"Beitrag" zur Emissionssenkung	Vorläufige Einschätzung
Schweiz	Die Schweiz beabsichtigt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50% unter das Niveau von 1990 zu senken. Für 2025 hat sie ein Emissionssenkungsziel von 35% angegeben.	Kann mehr tun
Europäische Union	Die EU hat ein verbindliches wirtschaftsweites Ziel für die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40% unter das Niveau von 1990 genannt.	Kann mehr tun
Norwegen	Norwegen hat ein verbindliches wirtschaftsweites Ziel für die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40% unter das Niveau von 1990 genannt.	Kann mehr tun
Mexiko	Mexiko hat ein bedingungsloses Ziel für die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 22% gegenüber der Ausgangslage genannt, wobei 2026 mit Emissionssenkungen begonnen werden soll. Im Gegenzug für andere Themen in dem globalen Abkommen bietet Mexiko eine Senkung um 36% gegenüber der Ausgangslage an. Zudem will Mexiko die Rußemissionen senken.	Kann mehr tun
USA	Die USA haben ein bedingungsloses Ziel für wirtschaftsweite Emissionssenkungen um 26% bis 28% unter das Niveau von 2005 genannt.	Sollten mehr tun
Russische Föderation	Russland hat ein Ziel genannt, das wir als Senkung um lediglich 6–11% unter das Niveau von 1990 interpretieren, da beabsichtigt wird, "Wälder maximal zu nutzen" und dieses Ziel von einer rechtsverbindlichen Verpflichtung aller Emittenten abhängig zu machen.	Unzureichend
China (noch nicht genannt)	China hat angekündigt, dass die CO2-Emissionen spätestens 2030 ihren Höchststand erreichen sollen und der Anteil nicht-fossiler Brennstoffe auf 20% des Primärenergiebedarfs erhöht werden solle.	Kann mehr tun
Japan (noch nicht genannt)	In Zeitungsartikeln wird berichtet, dass Japan vermutlich ein Emissionssenkungsziel bis 2030 von 20% unter das Niveau von 2013 nennen wird.	Unzureichend

4. Investitionswende

Die Regierungen der Industrieländer haben 2010 zugesagt, bis 2020 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr bereitzustellen. Die derzeitigen Zusagen liegen bei etwa 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr, und es bleiben nur noch fünf Jahre Zeit, um das Ziel zu erreichen.

Die Regierungen müssen ihre Zusagen einhalten.

Diejenigen, die die Umwelt verschmutzen und diejenigen, die die Kosten übernehmen können, sind moralisch verpflichtet, denjenigen zu helfen, die am wenigsten Verantwortung für die Verursachung des Problems tragen. Zudem ist die Finanzierung des Klimaschutzes in den Entwicklungsländern nicht nur eine Option, sondern eine Bedingung für die Sicherheit unseres Planeten.

Diese Beiträge, die so weit wie möglich auf obligatorischen Beiträgen aus den Staatshaushalten der Industrieländer basieren müssen, müssen zusätzlich zur Entwicklungshilfe geleistet werden und dürfen nicht mit ihr konkurrieren.

Die Gewerkschaftsbewegung lehnt einen Transfer von Geldern aus grundlegenden Bereichen wie Armutsabbau, Beschäftigungsförderung, Bildung oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen ab. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, für Kohärenz zwischen den Post-2015-Nachhaltigkeitszielen und den Klimaschutzzielen zu sorgen, da Armutsabbau und menschenwürdige Arbeit für alle ein Traum bleiben würden, wenn der Klimawandel nicht verhindert wird, und die internationale Gemeinschaft kann sich Widersprüche zwischen diesen beiden Agenden nicht leisten.

Die Gewerkschaften halten es für unerlässlich, zusätzliche staatliche Finanzierungsquellen zu erschließen, wie etwa durch eine Finanztransaktionssteuer (FTS), um zur Finanzierung des Klimaschutzes beizutragen.

Institutionelle Anleger und Pensionsfonds

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) geht davon aus, dass der Finanzierungsbedarf für Anpassungsmaßnahmen in Entwick-

lungsländern bis 2015 angesichts eines Temperaturanstiegs um 2 °C 86–109 Milliarden US-Dollar pro Jahr betragen könnte.

Es wird erwartet, dass die Kosten von Emissionssenkungen bis 2030 bei 140–175 Milliarden US-Dollar pro Jahr liegen werden. Die Internationale Energieagentur hat ebenfalls festgestellt, dass die Welt zwischen 2012 und 2050 eine Billion Dollar pro Jahr benötigen wird, um den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu finanzieren. Es ist offensichtlich, dass die zugesagten 100 Milliarden US-Dollar nicht reichen werden.

Die Anreize für Investoren bezüglich eines Vorstoßes in Richtung auf eine grüne Finanzagenda sind einfach: Es geht um Geld und Kapitalrendite. Es geht um Risiko und die unglaubliche Realität, dass Investitionen in die grüne Wirtschaft immer noch weniger als 2% des Investitionsportfolios ausmachen. Langfristig bietet dies wenig Aussicht auf die Sicherung unserer Arbeitsplätze und unserer Altersversorgung.

Institutionelle Anleger, einschließlich der Pensionsfonds der ArbeitnehmerInnen, können den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft fördern. Institutionelle Anleger haben generell drei Möglichkeiten, um zu einer Wirtschaft ohne Kohlenstoffemissionen beizutragen:

- **Transparenz:** Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, worin unsere Altersversorgung investiert wird und wie die Kohlenstoffbilanz der Investitionen aussieht.
- **Erhöhung der Investitionen in saubere Energie und Effizienz.**
- **Gemeinsames Hinwirken mit Unternehmen auf eine Dekarbonisierung ihrer Aktivitäten und als letztes Mittel Erwägung eines Abzugs der Investitionen aus spezifischen Unternehmen und/oder Projekten, deren Kohlenstoffbilanz langfristig nicht tragbar wäre.**

Die Regierungen können Maßnahmen ergreifen, um eine aktivere Beteiligung institutioneller Anleger am Klimaschutz zu fördern, u.a. durch die staatliche Unterstützung der Ausgabe grüner

Die Finanzierung des Klimaschutzes ist eine Bedingung für die Sicherheit unseres Planeten

Anleihen zur Finanzierung umweltfreundlicher Aktivitäten und grüner Investitionsfonds, vorausgesetzt, es gelten strenge Auflagen, um "Grünfärberei" zu verhindern.

Insbesondere können die Regierungen nachdrücklichere Verpflichtungen zum Klimaschutz eingehen und für eine größere Politikkohärenz sorgen, um institutionellen Anlegern genügend Vertrauen zu geben, langfristig in den Klimaschutz zu investieren. Bereits jetzt können institutionelle Anleger jedoch einen Beitrag leisten, indem sie saubere Investitionen unterstützen.

Der IGB ist überzeugt, dass allein die Pensionsfonds 200–300 Milliarden US-Dollar pro Jahr in Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels investieren und innerhalb von vier Jahren bis zu 5% ihrer Portfolios für diesen Zweck bereitstellen könnten, ohne dass umfassende regulatorische Änderungen erforderlich wären.

Die Rolle institutioneller Anleger, einschließlich der Pensionsfonds der ArbeitnehmerInnen, bei der Förderung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und der Abmilderung der Folgen des Klimawandels ist zu einem zentralen Anliegen der Gewerkschaften geworden.

Wir brauchen ein neues Geschäftsmodell: für die Beschäftigten in globalen Lieferketten, für die Investitionen in Unternehmen, die die Arbeitsplätze immer unsicherer machen oder wenn sich die Unternehmen weigern, über einen gerechten Anteil oder über den Klimaschutz zu verhandeln. Wir brauchen menschenwürdige Arbeit für alle. Rechte sind wichtig, die ArbeitnehmerInnen sind wichtig, und Klimagerechtigkeit ist wichtig.

5. Übermittelt den Regierungen Eure Botschaft: Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze

Die wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor

Wir wissen, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse eindeutig sind. Ohne umgehende und ehrgeizige Maßnahmen wird es in diesem Jahrhundert zu einem Temperaturanstieg um 4 Grad Celsius oder mehr und zu unwiderruflichen Klimaänderungen kommen.

Die Ökonomen haben gesprochen. Der finanzielle Schaden aufgrund der Erderwärmung wird die Welt wesentlich mehr kosten als zuvor angenommen.

Die Menschen überall auf der Welt wollen, dass ihre Regierungen die Umweltverschmutzung, die den Klimawandel verursacht, in den Griff bekommen. Die Weltweite Umfrage des IGB (2014) hat ergeben, dass 73 Prozent der Menschen wollen, dass die Regierungen mehr tun, um die den Klimawandel verursachende Umweltverschmutzung zu begrenzen.

2015 ist das Jahr, in dem sich die Regierungen für einen Weg in Richtung auf eine kohlenstofffreie Zukunft entscheiden können.

Wir haben die Möglichkeit, den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Uns läuft die Zeit weg

Klimakatastrophen nehmen zu, und die erwerbstätigen Menschen haben darunter zu leiden.

Aber in den nächsten 15 Jahren werden wir uns noch weiteren Auswirkungen mit ganz unterschiedlichen Folgen gegenübersehen. Dadurch werden noch mehr Gemeinwesen und Arbeitsplätze zerstört bzw. vernichtet werden, mit destabilisierenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die über alles hinausgehen, was wir bisher erlebt haben.

Wir haben eine Strategie

Der IGB will, dass sich die Regierungen auf Maßnahmen zum Klimaschutz verständigen und uns eine Chance geben, den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius oder weniger zu begrenzen.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass wir

die Kohlenstoffemissionen umgehend bei 44 Gigatonnen stabilisieren müssen.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden es bis zum Jahr 2020 59 Gigatonnen sein. Da stimmt etwas nicht.

Wirtschaftlicher und industrieller Wandel: Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht auf Informationen

Wir fordern einen Sitz am Tisch, wenn Veränderungen geplant werden. Wir fordern einen Dialog und Tarifverträge, um den erforderlichen industriellen Wandel zu gestalten.

Wir wissen, dass die Industriezweige von heute auch morgen noch existieren werden (Energiewirtschaft, Baugewerbe, Verkehrswesen, verarbeitende Industrie, Landwirtschaft, Dienstleistungssektor – eine lange Liste), aber der Technologiewandel wird ohne einen Plan destabilisierend sein und menschenwürdige Arbeit mit verankerten Rechten gefährden.

Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, darüber informiert zu werden, wie ihre Arbeitgeber gedenken, das Ziel einer Dekarbonisierung zu erreichen.

Der industrielle Wandel als Herausforderung ist für die Gewerkschaften sowohl eine Notwendigkeit als auch eine Gelegenheit, um einen Dialog zu fordern, Organisationsarbeit zu verrichten, Verhandlungen zu führen und eine Führungsrolle zu übernehmen, um die erforderlichen Veränderungen in der Arbeitswelt und beim Kompetenzerwerb herbeizuführen. Er bietet aber auch die Chance, sicherzustellen, dass unsere Pensionsfonds zu unseren Bedingungen der Nachhaltigkeit dienen.

Wir wissen, dass der Übergang Arbeitsplätze schafft.

Wir wissen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, Millionen Arbeitsplätze. Die Investitionen in die Infrastruktur werden Prognosen zufolge bis 2030 50 Billionen US-Dollar und bis 2050 90 Billionen US-Dollar betragen. Das bedeutet neue Arbeitsplätze.

Es gibt neue Arbeitsplätze im Baugewerbe, in der verarbeitenden Industrie, im Verkehrswesen und im Dienstleistungssektor, wenn wir alle Branchen grüner machen und Megastädte bauen. Es werden neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im Zuge der Wiederaufforstung entstehen.

Eine 2010 vom Millennium Institute für den IGB durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass, wenn nur 12 Länder fünf Jahre lang jährlich 2 Prozent ihres BIP in bereits vorhandenen Sektoren investieren, rund 48 Millionen Arbeitsplätze geschaffen würden.

Die Internationale Arbeitsorganisation hat ebenfalls festgestellt, dass Maßnahmen zugunsten eines Übergangs zu einer grünen Wirtschaft positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben. Netto könnten durch die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz bis zu 60 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Von entscheidender Bedeutung für den Wandel ist Energie. Daher stehen die Beschäftigten des Energiesektors im Mittelpunkt dieses Prozesses. In Deutschland, dem einzigen Land mit einem landesweiten Energieplan, wurden in nur rund zwei Jahren mehr als 300.000 neue Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien und in damit zusammenhängenden Produktions- und Dienstleistungssektoren geschaffen.

Wir fordern einen gerechten Übergang

Der industrielle Wandel muss durch Maßnahmen für einen gerechten Übergang untermauert werden. Wir

Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie ihre Arbeitgeber gedenken, das Ziel einer Dekarbonisierung zu erreichen

haben unsere Rolle bei den UN-Verhandlungen gespielt und Zusagen zugunsten der Beschäftigten und ihrer Gemeinwesen erkämpft.

Diese Zusagen müssen jetzt umgesetzt und im Dezember 2015 in das Klimaabkommen von Paris übertragen werden.

Die Mitgliedsorganisationen des IGB werden weiter für einen gerechten Übergang kämpfen.

Alle Regierungen und alle Industriezweige brauchen einen Plan für den Übergang zur Dekarbonisierung mit sauberen Technologien, und Energie ist der Schlüssel. Wir werden für eine angemessene Finanzierung dieses Übergangs kämpfen, ebenso wie für die ärmsten und schwächsten Nationen, damit sie die Folgen des Klimawandels bewältigen können.

Ein "gerechter Übergang" erfordert einen Dialog mit allen Parteien, und die

ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften müssen daran beteiligt sein. Ihr Beitrag zum heutigen Wohlstand muss anerkannt und gewürdigt werden und ihre Zukunft und die ihrer Familien und Gemeinwesen muss gesichert sein.

Das bedeutet einen zeitgebundenen Plan für eine Energiewende, der Folgendes beinhaltet:

- einen konkreten Zeitrahmen mit Lohnsicherung und Arbeitsplatzsicherheit für die betroffenen Beschäftigten;
- Renten für ältere ArbeitnehmerInnen über den Zeitrahmen hinaus;
- Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen sowie personelle Umstrukturierungen mit menschenwürdigen Arbeitsalternativen für jüngere ArbeitnehmerInnen;
- Investitionen in die Erneuerung

der Gemeinwesen, einschließlich der mit erneuerbaren Energien verbundenen Baumaßnahmen und Dienstleistungen.

Dies ist die größte Herausforderung, vor der die Welt in den nächsten 30 Jahren stehen wird. Wir müssen jetzt handeln, da wir sonst den Kampf gegen den Klimawandel verlieren werden, mit katastrophalen Folgen für alle ArbeitnehmerInnen und ihre Gemeinwesen.

Die Regierungen und verantwortungsbewusste Wirtschaftszweige müssen der Forderung nach einem gerechten Übergang mit einem transparenten und ehrgeizigen Plan begegnen.

Der Klimawandel ist ein ernstes und unmittelbares Problem. Er findet jetzt statt und ist bereits dabei, Menschenleben und Existenzgrundlagen zu zerstören.

Brasilien

Matilde Ramos gehört zur Genossenschaft "Recicla Ourinhos", die 2010 gegründet wurde. Mit etwa 100 Menschen recycelt die Genossenschaft 250 Tonnen Material pro Monat. Damit wird der Umwelt ein Dienst erwiesen, aber es werden auch Arbeitsplätze geschaffen.

Die Zukunft der Recyclingindustrie und ihr Potenzial, für menschenwürdige Arbeitsplätze zu sorgen und den Planeten zu schützen, hängt davon ab, ob es den Beschäftigten in diesem Sektor gestattet wird, sich zu organisieren und mehr Rechte zu bekommen, damit ihnen ein angemessener Lohn, der Schutz ihrer Gesundheit und ein gerechter Anteil an dem von ihnen geschaffenen Wohlstand sicher ist.

"Hier habe ich angefangen, wiederverwertbares Material zu sammeln. Ich bin seit fünf Jahren Müllsammlerin. Als ich informell auf der Mülldeponie gearbeitet habe, hatten wir keine Rechte. Jetzt haben wir ein festes Einkommen. Wir verdienen mehr als den Mindestlohn. Unsere Rechte sind in einem Vertrag mit dem Stadtrat verankert." Matilde Ramos, Brasilien



Hier erzählen die Müllsammler ihre eigene Geschichte: www.equaltimes.org. Video: Inara Chayamiti

Klimagipfel der Gewerkschaften: Wirst Du dabei sein? Paris, 14. – 15. September 2015

Trifft das auf Dich zu?

Du machst Dir Sorgen wegen des Klimawandels, und du kämpfst leidenschaftlich für einen gerechten Übergang zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft. Deine Gewerkschaft hat versprochen, die Klimaschutzaktion zu unterstützen und Du hast Pläne oder Vorschläge für Gewerkschaftsaktionen im Kampf für die Dekarbonisierung unserer Welt.

Sende Deine Nominierung an Anabella.roseberg@ituc-csi.org, einschließlich folgender Informationen:

Name

Gewerkschaft

Land

Unterstützung seitens Deiner Gewerkschaft: ein Beleg dafür, dass die Gewerkschaftsführung deine Nominierung unterstützt

Es ist eine gewisse Unterstützung für eine geringe Zahl von Delegierten vorhanden, aber Unterstützung seitens Deiner Gewerkschaft wäre erforderlich.

6. Kampagnenmaterial

Checkliste für Klimagerechtigkeit

WERDET AKTIV!

1.- 7. Juni: Bittet um ein Treffen mit Euren RegierungsvertreterInnen und übergebt Euren mithilfe des Musterbriefes verfassten Lobbybrief.

<http://www.ituc-csi.org/musterbrief-an-das-fur-klimafragen>

WERDET AKTIV!

1.- 7. Juni: Übermittelt den Regierungen Eure Botschaft bezüglich ihrer länderspezifischen Zusagen während der globalen Klima-Lobbywoche im Juni. Verwendet den Kalkulator für Klimagerechtigkeit:

<http://www.gdrights.org/calculator/>, um diese Beiträge einzuschätzen.

WERDET AKTIV!

1.- 7. Juni: Postet Fotos von Euren Treffen mit PolitikerInnen und Abgeordneten auf Twitter #unions4climate oder schickt sie per E-Mail an press@ituc-csi.org, damit wir Euch in die globale Aktion einbinden können.

WERDET AKTIV!

Stichtag 10. Juni: Macht mit bei der weltweiten Umfrage bezüglich der Zusage Eurer Regierung und schickt uns die Antworten am Ende der globalen Klima-Lobbywoche am 10. Juni ein. Die Fragen können in unserer Online-Umfrage beantwortet werden.

<http://www.ituc-csi.org/klimaumfrage>

WERDET AKTIV!

Juni – September: Macht ein Foto von Euch mit dem Kampagnenposter #unions4climate Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze in diesem Bericht und fügt den Namen Eurer Gewerkschaft und Eures Landes hinzu, um die weltweite Unterstützung für die Klimaschutzaktion deutlich zu machen. Teilt Eure Fotos auf Twitter #unions4climate oder schickt sie per E-Mail an press@ituc-csi.org.

WERDET AKTIV!

Juni – September: Macht mit bei der Klimaschutzaktion <http://act.equaltimes.org/unions4climate> und ladet die Liste innerstaatlicher und betrieblicher Versprechen herunter <http://act.equaltimes.org/unions4climate>. Teilt Eure Aktionen auf Twitter #unions4climate.

WERDET AKTIV!

Stichtag 14. August: Meldet Euch zur Teilnahme am Klimagipfel der Gewerkschaften vom 14. -15. September in Paris an bei: Anabella.roseberg@ituc-csi.org



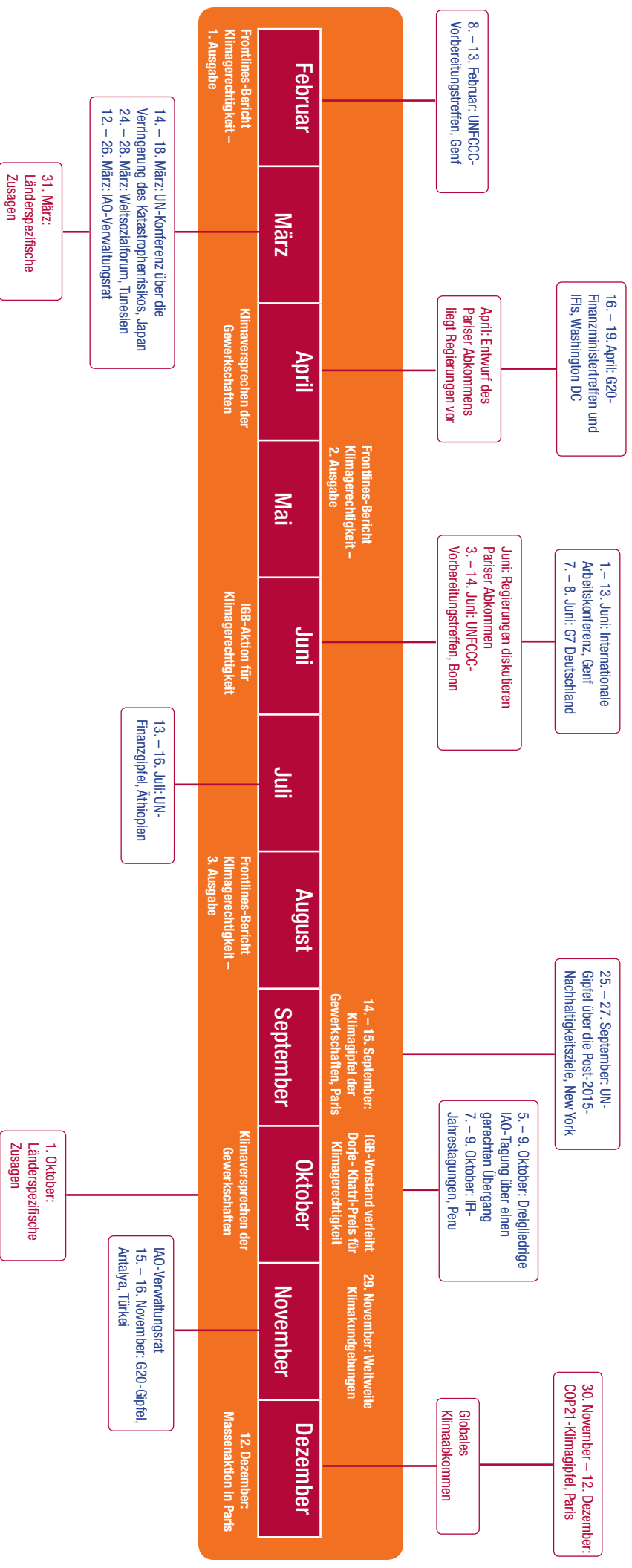
#Unions4Climate

**Auf einem toten
Planeten gibt es keine
Arbeitsplätze**



Gewerkschaften für Klimaschutz Zeitplan 2015

Die wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor
Klimagerechtigkeit Null Kohlenstoff
Gerechter Übergang
Keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten





Verantwortliche Herausgeberin:
Sharan Burrow, Generalsekretärin

IGB
5 Bd du Roi Albert II, Bte 1, 1210-Brüssel, Belgien
Tel: +32 2 2240211, Fax: +32 2 2015815
E-Mail: press@ituc-csi.org • Internet: <http://www.ituc-csi.org>